

Dresdner Volkszeitung

Postleitzettel: Leipzig.
Gedenkblatt: Nr. 20013.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Redaktion: Geb. Arnold, Dresden.

Aboabonnementpreis einschließlich Druckerien monatlich 1.75 R. Duss
die Post bezogen überjährlich 8.25 R., unter Freizeit für Deutschland
und Österreich-Ländern 8.00 R.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Weimarplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Weimarplatz 10. Tel. 25261.
Lieferungszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends.

Abonnementpreis: die 7 gelieferte Sonntagszeitung 80 Pf., darauf 40 Prozent
Zurichtungsabzug, bei Familienangelegenheiten die Seite 80 Pf. (ohne Bildzug).
Zurichtungsabzug im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme am vor-
geliebten Tag kann nicht übernommen werden. Für Brieflieferung 20 Pf.

Nr. 119.

Dresden, Montag den 26. Mai 1919.

30. Jahrg.

Bittere Lehren.

Die Kohlennot nimmt täglich bedrohlöhre Formen an. Wolffs Telegraphisches Bureau übermittelte den Zeitungen folgendes Situationsbild:

Die Kohlennot nimmt immer bedrohlöhre Formen an. Die Sächsischen Gas- und Elektrizitätswerke haben beinahe zum großen Teil nur noch Brennstoff für wenige Stunden. Eine Umfrage des Dresdner Beirats des Neuen Vogtländischen Zeitung, die wegen des Kohlenmangels im Plauener Elektrizitätswerk schon zum zweiten Male gehalten ist, die ganze technische Herstellung auf die Nachstunden zu verlegen, hat zu folgendem Ergebnis geführt: Die Sächsischändigen auf dem Gebiete der Kohlenversorgung erläutern eine Katastrophe zumal im laufenden Winterhalbjahr für unvermeidlich, wenn die sächsischen Betriebsräte nicht in die Lage sind, innerhalb der nächsten acht Wochen eine Reserve großen Ausmaßes aufzustapeln. Von Ende Juli an ist der Heraustransport genügender Kohlemengen auszudenken, die mit dem Verlauf des Winters zusammenhängen, nicht mehr möglich. Es muß alles geschehen, um eine Katastrophe zu verhindern.

Es steht sehr schlimm mit unserer Zukunft, wenn jetzt nicht einmal so lebenswichtige Betriebe wie Gas- und Elektrizitätswerke mit Sicherung versorgt werden können. Die Schuld daran liegt teils an der Entente, teils beim deutschen Volke selbst. Durch die Besetzung des Saarreviers und Oberlausitzens sind uns wichtige Kohlenquellen verschlossen worden. Der Vertrag von Versailles wirkt damit schwere Schatten voran. Auch Böhmen liefert nicht mehr, wahrscheinlich weil die deutschen Rüstungen auszubleiben beginnen. Trotz alledem hätte Deutschland die Kohlennot nicht derartig katastrophal ausschwellen müssen, wenn wichtige Quellen nicht durch fortgesetzte Streiks verstopft worden wären. Wie und vom jüdischen Wirtschaftsministerium mitgeteilt wird, sind die Vorräte des Augsburger Reviers infolge der letzten Streiks nahezu vollständig erschöpft. Da der Krieg nicht zum Ziele führte, haben unabhängig-parteiliche Gegegnen dafür gesorgt, daß die Kohlenförderung durch passive Maßnahmen andauernd behindert bleibt. Noch jetzt, angefacht einer Kohlennot, die uns mit der Hungerkatastrophe droht, sind verantwortungslose Elemente bemüht, die sächsischen Bergarbeiter zu neuen Sinnlosigkeiten zu treiben. Neue Forderungen werden aufgestellt: 25 M. Schichlöhne, 500 M. Entschuldigungsgelder und Bezahlung der Streitäge des letzten Zustandes.

Mit solch unsinnigen Forderungen planen die unabhängigkeitssparteilichen Streikapostel das Bergarbeitervolk aus den Gruben zu treiben, sowie der Belagerungszustand aufgehoben ist. Angesichts der Kohlennot, die unsre Industrie, die Wirtschaft, die gesamte Arbeiterschaft bedroht, sind solche Pläne geradezu verbrecherisch, und die Verlängerung des Belagerungszustands, so wenig es uns gefällt, erscheint unter solchen Umständen unvermeidlich. Der befommene Teil der Arbeiterschaft sollte sich schon darum überall mit aller Energie gegen das wilde Durchstossstreiken lebend.

Wir haben seit den ersten Wochen des November davor gewarnt, die Revolution zu einer Streikbewegung zu machen und soziale Forderungen mit Mitteln zu vertreten, die der gejähnten Arbeiterschaft ins Fleisch schneiden. Heute, wo vor der drohenden Schließung der Licht- und Kraftwerke stehen, wird jeder Einflüsterer erkennen, daß unsre Vermutungen stichhaltiger waren, als uns sie fann. Auch die neue Wühlerie im Augsburger Revier richtet sich unmittelbar gegen die Interessen der Arbeiterschaft, und wenn die Bevölkerung das heute noch nicht einsehen sollte, so ist ihr nicht mehr zu helfen.

Vor einigen Wochen beschuldigten sich das Leipziger Kommunistenblatt, die rote Fahne und die Leipziger Volkszeitung der politischen Dummkopf. Alle Generalstreiks der letzten Monate seien finstros gewesen. Putschstahl brachte die Arbeiterschaft nicht weiter, alle diese unabhängigkeitssparteilichen Aktionen seien Straßevergeudung gewesen — so gestanden die beiden Blätter. Nur wollte jeder der revolutionären Parteien Bild der andern die Schuld aufzuladen. Jeder nannte den andern einen Arbeiterverschwörer.

Wir haben dazu weiter nichts zu sagen, sondern verstellen nur auf das bittere Ende, das jetzt mit der Schließung lebenswichtiger Wirtschaftsquellen nachzufolgen droht, und auf die neuesten Streikvölkereien in sächsischen Revieren. Wenn die Arbeiterschaft aus alledem nicht lernt, gibt's für sie keine Lehre mehr!

Kohlen für Mahnung.

Zus dem Haag wird gemeldet: Seit dem 25. Mai abends sind die Aufzüge von Steinkohlen aus Deutschland nach Holland wieder aufgenommen worden. Vorläufig kommen täglich zwei Züge.

Wahrscheinlich wird diese Zahl demnächst erhöht werden.

Es handelt sich um Lieferungen für Lebensmittel.

Billige Triumphe und ernste Niederlagen.

Hunger und Elend treiben den Unabhängigen verbitterte Arbeiter zu. Daran ist kein Zweifel. Aber ihre widerliche und gewissenlose Demagogie veranlaßt einen ihrer Führer nach dem andern, diesem Haufen von Erfolgspolitikern den Rücken zu wenden. Nach Eduard Bernstein und Ströbel, nach Rautenkranz und Hilferding, die völlig verstimmt sind, sind es jetzt die Hamburger Unabhängigen-Führer Dr. Herz und Dr. Westphal, die sich von der brutalen Gewalttat der U. S. S. loslösen und ein tapferes Dokument zur Demokratie ablegen. In der Freiheit fordert der unabhängige Parteivertreter eine Richtigkeit, doch an Arbeiterräten, die Diktaturgewalt haben sollen, nur noch Unabhängige und Kommunisten das Wahlrecht behalten dürfen. Die Trennung der Geister vollzieht sich. Was Verstand und Gewissen hat, lehrt zum Erklärten Programm zurück und übrig bleibt ein Haufen von schlechtverhüllten Anordnungen, die wegen der jetzigen Zeitumstände vorübergehende Erfolge haben, aber rasch genug bonboniert werden werden.

Protest Erzbergers gegen die plätsch. Umtriebe.

Berlin, 25. Mai. Im Eröffnung des bereits gemachten Protests vom 23. Mai gegen die beabsichtigte Staatsförderung einer neutralen Republik Pfalz hat Reichsminister Erzberger deutlich Telegramm an General von Hammerstein in Spa gerichtet, mit dem Auftrag, es noch im Laufe des Tages durch einen besondern Boten dem Generalstab zugewiesen. In dem Telegramm heißt es:

Der Regierungspräsident der Pfalz, von Altenstein, der, wie hier bekannt, sich den Bestrebungen des von General Oberst unterstützten 21er-Außenschusses in London auf Aufrichtung einer selbständigen Republik aufs äußerste widerlegt hat, ist inzwischen über den Rhein abgeschoben worden. Einige plätsch. Elemente bestehen sind von den französischen Besatzungsbehörden aufgefordert worden, der geplanten neuen Regierung der selbständigen Republik Pfalz, die aus der Mitte der 21 Landauer Herren unter Führung der im Telegramm vom 23. Mai genannten Haas, Schenk und Höfer gebildet werden soll, den Treueid zu leisten.

General Oberst hat eine Bekanntmachung für die Pfalz erlassen, in der es heißt: „Es ist dem Generalkommando der franz-

ösischen Armee zur Kenntnis gekommen, daß Sonderer Bewohner wegen ihrer sympathischen Beziehung ihr Frontreich seitens gewisser deutscher Beamten Ungemach erlitten müssten. Solche Handlungen seitens jener Beamten bilden einen Missbrauch der Befreiungsfreiheit und einen Verstoß gegen die Weisung des Marshalls Hoch sollte eine Korrektur in dem hegeleidigen und wohlmeintenden Frontreich gegenüber.“ Schließlich wird in dieser Bekanntmachung erklärt, daß das französische Besatzungskommando der Pfalz allen Bestrebungen auf Selbständigmachung einer pfälzischen Republik im Anschluß an Frontreich wohlwollende Förderung zu unterdrücken gedenkt.

Die deutsche Regierung erhebt gegen das Vorzeigen des französischen Oberbefehlshabers in der Pfalz erneut Schärfen und feierlichen Protest. Die deutsche Regierung kann nicht annehmen, daß in dem Zeitpunkt, da im Verfall des Besitzes der Besatzungstruppen der deutschen Restierung unter den alliierten und assoziierten Regierungen gegen zwecks Herbeiführung des Friedensschlusses zusammengetreten sind, ein öffentlicher Verstoß gegen die Friedensbestimmungen stattfindet, als welches das Vorzeigen des Generals Oberst bezeichnet werden muß, mit Billigung des Hochkommandierenden der alliierten Streitkräfte, Maréchal Foch, und mit Billigung der französischen Regierung erfolgt. Die deutsche Regierung glaubt daher schon jetzt ohne Erfolg an die von allen Völkern und Staaten gebilligten Grundsätze des künftigen Völkerbundes und der Freundschaft, wie der internationale Morgi appellieren zu können, indem sie die sofortige Abberufung des französischen Oberbefehlshabers in der Pfalz und die sofortige Rückgenormung seiner Verwaltungsmacht erwartet.

Die neue finnische Verfassung

folgt nach einer Stockholmer Meldung dem Landtag vorgelegt werden. Finnland soll zur Souveränen Republik ausgerufen werden, deren Präsident auf sechs Jahre gewählt wird. Die gelegentliche Gewalt wird gemeinsam vom Rigsdag und dem Präsidenten ausgeübt. In den Händen des Präsidenten liegt die oberste vollziehende Gewalt. Als nationale Sprachen werden das Finnische und das Schwedische gelten. Dem Präsidenten ist ein Vorrecht gegenüber geleylichen Maßnahmen eingeräumt. Ihm steht die Entscheidung über Krieg und Frieden, über den Abschluß von Verträgen mit den auswärtigen Mächten zu, wie er auch den Rigsdag auflösen kann. Dieser Verfassungsentwurf, der deutlich die Macht der Entente erkennen läßt, beläßt den finnischen Reichstag fast in derselben Rolle, die die Duma zu Seiten Stolppins spielt.

Ein Zugeständnis in der Saargebietfrage.

Verfaßtes, 25. Mai. Die heutigen Morgenblätter berichten die Melddungen der gestrigen englischen Blätter aus Paris, nach denen der Viererrat einige Punkte der Vorschläge über das Saarbecken geändert habe.

Wie Journal wissen will, hat der Viererrat die Forderungen fallen gelassen, daß Deutschland den Kauf des Saarbeckens in Gold bezahlt, falls die nach 15 Jahren stattfindende Volksabstimmung zugunsten Deutschlands ausfallen sollte. Die Beaufsichtigung steht vor, daß Deutschland sein Rückkaufsrecht nicht durch Zahlung in Metallgold, sondern auch durch andere Währungen geltend machen kann. Der Viererrat macht dieses Zugeständnis besonders im Hinblick auf den Umstand, daß das Selbstbestimmungsrecht der Bewohner des Saarbeckens für Deutschland entschieden haben würde, aber Deutschland den Kauf in Gold nicht hätte vornehmen können und das Saarbecken in diesem Falle nach sechs Monaten ohne weiteres Frankreich zugefallen wäre, wie dies in der ursprünglichen Fassung festgesetzt war. Die Blätter erwarten, daß die Antwort Clemenceaus auf Brodtkorffs Note über das Saarbecken im Laufe des heutigen Tages der deutschen Friedensdelegation zugestellt werde. Petit Journal gibt zu, daß dies das erste Zugeständnis sei, das die Verbündeten machten, aber Brodtkorff-Mauzan solle nur nicht feinen Ehrengeld allzu hoch einstellen, weil eine seiner unzähligen Beschwerden als gerechtfertigt befunden war und der Verband ihm gern nachgegeben habe. Einmal sei nicht jedesmal.

Eine deutsche Note über die Schuld- und Entschädigungsfrage.

Verfaßtes, 26. Mai. Gestern vormittag hat die deutsche Delegation in Versailles der Entente eine weitere Note auszustellen lassen, die eine Replik auf die Note Clemenceaus über die Schuld- und Entschädigungsfrage darstellt. Die neue deutsche Note widerlegt ausdrücklich die falsche Bezugnahme auf die Note Clemenceaus vom 5. November 1918 und die Sinnverkehrung des dort verneinten Wortes Aktion in der Antwort Clemenceaus. Die deutsche Note gibt in sehr weitem Umfang die Erfassungspflicht Deutschlands in Belgien und Nordfrankreich zu. Sie stellt aber die gleichen Erfassungsprinzipien Deutschlands für den Schaden der Hungerkatastrophe fest und bestreitet nochmals die alleinige Kriegsschuld Deutschlands energisch, indem sie die Untersuchung durch das internationale Schiedsgericht fordert. Die Bedeutung der Note liegt darin, daß sie die Schuldfrage, die sich immer mehr als der Mittelpunkt der ganzen negativen Friedensfragen herausstellt, zur endgültigen Erörterung stellt.

Die Politik der Kommunisten.

st. Der Spartakusbund läßt „Schilder über den Frieden“ erscheinen, die ein überaus interessantes, mit logischer Konsequenz aufgebauten Programm der Kommunisten in der Friedensfrage darstellen. Es wird darin zunächst entzweibergefegt, daß bei den gegenwärtigen Regierungsbefähigkeiten sowohl die Unterzeichnung des Friedensvertrags als auch die Beilegung, ihr zu unterzeichnen, für Deutschland eine Katastrophe bedeutet. Der entzweibefähigliche Charakter der Friedensbedingungen, deren Friede es ist, das arbeitende Deutschland und den Sozialismus zu erobern, wird in voller Klarheit erkannt und mit größter Schärfe dargestellt.

Ein vernichtendes Urteil läßt den Spartakusbund dabei nicht nur – wie natürlich – über die Politik der Mehrheitsfraktionen, sondern noch viel mehr über die der Unabhängigen. Die Unabhängigen treten befammt für die Unterzeichnung des Friedensvertrags ein. Der Spartakusbund antwortet ihnen darauf:

Die Unterzeichnung würde das Land dem wirtschaftlichen Untergang, dem ausweglosen Elend führen. Untergang der Industrie und des Handels, Vernichtung der Landwirtschaft, Zusammenbruch der Staatsfinanzen unter dem doppelten Druck des Elends an die Sieger und der Abkopplung an das imperialistische Kapital für die Kriegsgegner.

Von der Haltung der Unabhängigen wird dagegen gefragt. Sie sei beseitigt von absoluter Hilf- und Ratlosigkeit, von Hoffnungs- und Freiheitlosigkeit, von der absoluten Unfähigkeit, zu handeln. Nach dieser vernichtenden Kritik werden die Unabhängigen die Vorstellung, es gäbe fürs von den Mehrheitsfraktionen eine „proletarische Einheitsfront“, nicht mehr aufrecht erhalten können. Schärfste Wogenfälle als die größten Unabhängigen und Kommunisten in der Friedensfrage lassen sich überhaupt nicht denken.

Der Spartakusbund spricht dann, nachdem er seiner Überzeugung gemäß sowohl die mehrheitsfraktionelle wie auch die un-

abhängige Freiheitspolitik abgetan, in flaten Wörtern aus, wo nach freier Meinung der einzige Weg zur Rettung zu finden ist. Man wird sich nicht wundern, wenn man die Lösung des Rätsels bestimmt: Der Spartakusbund steht für das deutsche Volk und für die ganze Welt kein anderes hell als die Herrschaft des Spartakusbundes, der kommunistischen, diktatorischen Grundzüge wie bisher in Russland und Ungarn, so jetzt in Deutschland und Österreich und später in Frankreich und England. Das ganze Dokument ist esfüllt von dem starken Glauben an die logische Weltrevolution, diedimmen allererster Zeit aus den Triumphen der im Kriege zugrunde gegangenen kapitalistischen Gesellschaft eine neue Ordnung schaffen werde.

Das ist ein Programm, an dem man nicht ablehnen vorübergehen kann, sondern mit dem man sich aufeinandersezten muss. Zusammenfassend kann man von ihm wohl sagen, dass es eine bewundernswerte Kraft im kriegerischen Raum entfaltet, und dass es vollkommen richtig ist, abgrenzen davon, dass es mit der Welt der politischen Zustände gar nichts zu tun hat. Über lädt sich die soziale Revolution in allen Ländern der Welt über Nacht vollziehen, noch sind die Schüler der russischen Bolschewiki, die deutschen Spartakisten oder Kommunisten, umzudenken, die ungeliebten Probleme der sozialen Revolution zu meistern. Der Idealismus einzelner Männer kann es nicht verhindern, dass sich bei allen Millionen der Spartakisten Triumphanten, Verständnis und Verbrennen ein Stelldeicheln geben. Jedoch dieser spartakistischen Millionen wird als Harre begonnen, um als Tragödie zu enden. Der Verbande, man könne die kapitalistische Gesellschaft im Handumdeben zu einer sozialistischen verwandeln und man könnte dieses Wunderwerk sogar mit wirtschaftlich ganz umgeschulten Kräften vollbringen, ist eben blinder Wahnsinn.

Der Spartakusbund wirkt sich nun seitlich durch Agitate und überzeugungen aus. Ein feiner Gefüge lädt er eine „altdeutsche revolutionäre Politik“ an, und es ist wahrscheinlich, dass die Versuche, diese Wirkungen aufzuheben, nicht lange auf sich warten lassen werden. Doch wie vor, und in Zukunft vielleicht mehr denn je, müssen wir mit dem Vorhandensein einer politischen Bewegung rechnen, die darauf ausgeht, die bestehende Regierung etwas aus zu bestimmen und ihre eigenen Ziele zu legen. Zu dieser Bewegung muss man die Stellung nehmen. Beigesetzen ist es, wenn man das Vorhandensein einer gewollten vorgezogenen Bewegung leugnet und alle für daraus ergebene Konflikte aus der Unmöglichkeit der Biegung zu ersparen beschließt. So oft die Kommunisten erläutern, dass sie daran arbeiten, sich selber gewaltsam an die Spitze der Macht zu bringen, so oft müssen wir ihnen antworten, dass wir ihre Bewegungen nie verhindern wollen, ja geradezu wahnsinnig halten und dass unsre Überzeugung uns verpflichtet, sie mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die Kommunisten suchen die Teilung des deutschen Volkes dort, wo noch unter unschterlichen Überzeugung nur der Völkeruntergang lautet. Sie verneinen durch ihren Wahnsinn die Geschichten, mit denen unser Volk zu kämpfen hat, bis zu dem Punkt, an dem auch die letzte Hoffnung erlischt. Sie glauben, der Stern greifen zu können und jagen Menschen nach, die über dem Kampf tanzen.

Das Programm des Spartausbundes ist nicht symmetrisch durch seine Seiten, es steht sich in dieser Beziehung höchst vornehmlich von den verschiedenen und verschwundenen Tendenzen der Unabhängigkeiten ab. Die Unabhängigkeiten aber sehen sich wieder einmal in peinlicher Weise zwischen zwei unvermittelten Gegensätzen, sie werden weiter labieren und vergeblich nach die Aufsiedlung an siebleiben. Ihre Stellung zu nehmen und garde zu betonen.

Kapitalistische Vaterlandsliebe.

Seit dem Siege der Revolution in Deutschland haben, so kann mir der Bemerk, die Kapitalisten mit einer schweren inneren Belastung über Leidenschaften und ihres Einflusses zu rechnen.

Im Bahnhofen und im Motorboot ins Ausland durch die Lust, verbündet deutsches Kapital ins Ausland. Die Lustheit der Grenzbehörden verfügt es am weitesten. Keiner der Verhältnisse zwischen den Besitzungen großen Umfangs. Für den Kapitalabschöpfung müssen Einsichtungen von besetzter Organisation gehoffen sein. Als normaler Provisionsstab für den gelungenen Schmuggel werden etwa sechs Prozent der gesetzten Summe bedeckt.

Ganz vorlängige Verschärfungen reden bereits mit der Möglichkeit, dass die Entente zur Erfüllung des Friedensvertrags sich an der Suche nach dem Besitz deutscher Kapitalisten im Ausland beteiligen und sie entsprechend schärfen werde. Deshalb ist das Verfahren beliebt, dass der Beherrschung in Deutschland entzogenen Kapitalien brauchen einen Ausländer als besseren angeblich persönliches Eigentum zu treuen Händen zu übergeben. Solche Absichten sind gefasst. Allzu wohlerisch und ängstlich ist man dabei nicht. Dem französischen Kapitalisten, der ja auf jeden Fall nicht alles einem anstrebt, ist es schwierig gleichzeitig, ob er große Summen an einen unzulässigen Ausländer oder an die Steuerstellen seines verdeckten Vaterlandes verliert.

Nicht immer haben wir augenzicht mit dem ins Ausland gewanderten Kapital auch den Verlust des Kapitals selbst zu befürchten. Zwar möchte gieben, die meiste Vermehrung ihres Vermögens in einem Lande zu betreiben, das einstweilen von der Sozialisierung und von schweren Beleidigungen weniger bedroht ist. Andere aber geben und den Vorsprung, in unserm Lande zu bleiben und etwa in folgender Weise ihre tatsächlich im Jenseite erzielten Gewinne der deutschen Steuerabgabe zu entziehen.

So wird mit, wenn wir 10 Millionen Mark, die nach Holland gerettet sind, dort eine Gesellschaft für den Export nach Deutschland gegründet, dort eine Gesellschaft in Deutschland sofort eine Filiale. Dieser Filiale werden die Waren aus Holland zu so hohen Preisen geliefert, dass sie nemmerweise Gewinne nicht erzielen kann, wodurch für die Verschiebung in Deutschland ja gut wie nichts übrig bleibt. Das ist kein fingierter, sondern ein tatsächlicher Fall. In der Gründungsversammlung überboten sich die Reichen und waren froh, wenn ihnen weitere „Vergünstigungen“ nodgeworden wurden. Die Durchführung verfügt bei solchen Schreibungen für die Steuerbehörde vollkommen. Die Gesellschaft ist im Auslande legal eingetragen. Die Bedingungen für die deutsche Filiale sind fortsetzt und auch beim besten Willen lädt sich kein höherer Gewinn für deutsche Steuerabgabe errechnen.

Deutsches Kapital für solche Gesellschaften ist natürlich sehr gering, denn das Geld ist im Auslande sicher, es arbeitet mit geringem Risiko und kein Gewinn ist der deutschen Besteuerung entzogen. Der eingesogene Kapitalist ist auf die Welt geschickt gerettet, Deutschland aber wird schwierig geschickt.

Dagegen die gerissenen und gescheiten Geschäftsmacher jede Behörde nur schwer aufzunehmen kann, wissen wir. Der Vorwurf erhobt, es zugleich zu besteuern Vorfahrtsherrschaft. Aber wir müssen wissen, die wir im Bilde wegen dieser Verhältnisse bestellt angegriffen werden, endlich einmal, was gegen die Verschärfung deutschen Kapitals geschehen ist oder noch geschehen kann. Die Gewinnbildung schwächer Wagnisse ist wohl kaum notwendig. Ein geschäftlicher Erfolg besteht und alle diese Kapitalien zu überlegen, dass man ihnen schwerlich neue Hindernisse stellen kann.

Der Fehl gegen die unter Wirtschaftsleben gerüttelten Industrieketten menschen, sollte wie verringen, wie die „Waffe“ der Kapitalien mit nicht an überbekannter Gewaltlosigkeit auf die Verarmung Deutschlands hinzuwirkt. Wie uns, wenn ich sei es auch zu Unrecht — in den breiten Schilden die Meinung feststellt, wie hinter über dem Kampf gegen die Rüstungen aus den Rüstungen die großen und größten Verbretter aus Säulen und Baumknoten vergessen.

Die Leberbewirtschaftung.

Der Ausschuss der Nationalversammlung für Wirtschaftsfragen behandelt in den letzten Tagen eingehend die Frage der Leberbewirtschaftung. Während der Berichterstatter, Abgeordneter Bergmann (Benz), eine Einsicht von Bedeutungsindustrien, bestehend freie Einführung von rohen Gütern, Fleisch und Fleischstoffen, zur Verschärfung empfahl, stellte sich der Mitberichterstatter, Abgeordneter Mollenhauer (Sieg), auf den entgegengesetzten Standpunkt. Reichswirtschaftsminister Wissell betonte, dass die Petition die anständliche Frage aufstelle: Förderung des Gemeinwohls oder Förderung von Singelinteressen? Bei der Wirtschaftslogik sei es nicht möglich, die Außenhandelsbeziehungen auf einem so wichtigen Gebiete dem freien Gewerbe der Interessen zu überlassen. Freies Schaffen und Gestalten würde zwar einige kapitalistischen Firmen zu hohen Preisen bringen, aber die Mehrzahl der mittleren und kleineren Unternehmungen angreifen. Auch die Verbraucher müssten empfindlich geschädigt werden. Wenn man sogar nicht davon auszugehen sei, dass die deutschen Industrien vorwärts gehen, doch sie wagen eigener persönlicher Vorteile die gebundene Wirtschaft beibehalten wollten, so prallten solche Angriffe an ihm ab. Er beharrte, einen soliden Grund der Verhinderung gegenwärtig nicht zu erkennen, dass die Privatinteressen selbst auf Kosten der wirtschaftlichen Ordnung durchdringen wollten. Seit Beginn des Jahres seien Einfuhrregelungen für größere Mengen an Rohstoffen erlassen worden, als nach dem Urteil Schwerin-Löwitz zur Zeit auf den möglichen Außenhandelsüberschuss freisetzten seien. Inzwischen seien weitere Erleichterungen vorbereitet durch die Bildung einer Außenhandelskette für die Leberbewirtschaftung. Auch in der Binnenwirtschaft sei die gebundene Leberbewirtschaftung in befehllich im Interesse der kleinen und mittleren Fabrikanten, der Arbeiter und der Verbraucher. Was von einer freien Wirtschaft zu erwarten sei, zeigte die Vorgänge nach Ausfuhrung der Geldabnahme gewisser Arten von Kleinststoffen: Auslauf fast des gesamten Gefülls durch einen Großbetrieb und sprunghafte Aufschwelle der Preise um Tausende Prozent. Das sei der Fehler der Freiheit. Die Reichsbetriebe würde dem Schlechthandel feindhaft entgegen. Bei der Bekämpfung der Übertriebungen hätten die Arbeitertäte mit anerkannten Erfolgen mitgewirkt. Wenn er auch eine gebundene Wirtschaft für notwendig halte, so wolle er keinerlei nicht die bisherige Form der Binnengewerbe für Leber unbedingt billigen. Er werde mit aller Energie auf Verbesserungen hinarbeiten. Seine der beteiligten Kreise sei es, ihm dabei zu unterstützen. — Da die Debatte auftauchte sich die Abgeordneten Allesotte (Benz), Dr. Hugo (D. B.) und Dr. Petersen (Dem.) im Sinne der Eingabe, während die Abgeordneten Simon, Franken (U. Soz.) und Vahr (Dem.) die Verhinderung der Binnengewerbe empfahlen. Nachdem am zweiten Tage der Debatte ein Rentenentscheid eingegangen war, der im Sinne der Eingabe gehalten war, wurde auf Vortrag des Abgeordneten Hartmann, Württemberg (Dem.), die Frage zunächst von der Tagordnung abgesetzt, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme in dieser überaus wichtigen Angelegenheit zu geben.

Zusage der unteren Postbeamten.

Auf der Tagung des Verbundes der unteren Postbeamten wurden folgende Entschließungen einstimmig angenommen:

1. Die am 24. März 1918 von der preußischen Staatsregierung herausgegebenen Richtlinien für Beamtenausfälle müssen von der gesamten Beamtenchaft als ein Schlag ins Gesicht empfunden werden. Die untere Postbeamtenchaft ist entschlossen, sich an der Bildung soforter Ausfälle nicht zu beteiligen.

An die gelegenden Versammlungen richte ich die ebenso entschieden wie dringende Forderung, dem ehemaligen Runde der Beamtenchaft nach dem Wiedereinstieg in ihr Geschäft bald und restlos Folge zu geben. Ferner:

2. Der Verbundstag wolle beschließen, beim Reichswohlfahrtsministerium dahin zu wirken, dass diejenigen Kollegen der Schaffenskette, welche ihre Oberhofturpenzung unter dem alten Regime erfolglos gemacht haben, nunmehr noch einmal zu gelassen werden.

3. Der Verbundstag wird beauftragt, bei dem R. V. W. dahin zu wirken, dass der Bahnpostbegleitdienst nach und nach den unteren Beamten völlig übertragen wird. Dieses soll dadurch geschehen, dass in der Zukunft neue Arbeitskräfte für den Bahnpostbegleitdienst nur aus den Kreisen der unteren Beamten entnommen werden.

4. Der Verbundstag fordert den Verbundvorstand auf, nach Abschluss der Friedensverhandlungen die baldige Neuordnung der Gehaltsverhältnisse und die Umgestaltung der Personalordnung mit allem Nachdruck zu betreiben.

Die Gehaltsfälle sind so zu gestalten, dass jedem unteren Beamten das zum Lebensunterhalt notwendige Mindestlohnformen geichert ist.

Die Personalordnung ist so umzustalten, dass dem unteren Beamten die Zulassung zu allen höheren Stellen offen steht, soweit er den Gesäßigungsnachweis für diese Stellen erbringen kann.

Am übrigen steht der Verbundstag auch heute noch auf dem Soden der Deutschrifte des Verbundes vom Jahre 1917 und erwartet vom Verbundvorstand, dass er auf Grund der dort niedergelegten Leistungen die Interessen der unteren Beamten wahrnimmt.

Die Entente über Deutschlands Wirtschaftsnöte.

Die britische Presseberichtung hat am 22. Mai ebenso eine Note erhalten, wonin es unter anderem heißt:

1. Die verbündeten und assoziierten Mächte haben den Bereich der durch die deutsche Regierung zur Erteilung der wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrags eingezogenen Kommission erhalten und sorgfältig geprüft. Dieser Bericht scheint ihnen die grundlegenden Prinzipien zu verstecken, die die aufzuerlegenden Bedingungen erfordern und rechtfertigen.

2. Die deutsche Note erklärt, dass die industriellen Kräftequellen Deutschlands vor dem Kriege zur Deckung des Heeresbedarfes ihrer Bevölkerung von 87 Millionen Einwohnern nicht genügten, und sie stellt es dar, ob entspricht diese Angabe der Bevölkerungszahl, für die Deutschland mit vermindernden Kräftequellen wieder in Zukunft weiter sorgen müsse. Das ist nicht der Fall. Die gesamte Bevölkerung Deutschlands wird um etwa sechs Millionen Seelen vermindernt werden.

3. Die deutsche Note klagt darüber, dass man von Deutschland die Abförderung seiner vorhandenen oder im Bau befindlichen Handelsflotte sowie ein Vorstoß auf seine Schiffsbauplätze während einer bestimmten Angabe von Jahren verlangt. "Als teilweise Erfolg von 12 700 000 von Deutschland versunken Tonnen beansprucht nun vier Millionen Tonnen deutscher Schiffe zu übertragen, mit anderen Worten, die Schiffe, die von Deutschland weggenommen beobachtet, stellen weniger als den dreiten Teil der Tonnen dar, die auf diese nicht zu rechtfertigende Weise zerstört worden ist."

4. Die Note behauptet nachdrücklich die Absicht, Deutschland im Osten Gebiete zu entzählen, die besonders für die Erzeugung von Getreide und Kartoffeln in Betracht kommen. Das ist richtig, aber es bedeutet nichts in den Friedensbedingungen die Fortsetzung dieser

Art von Bodenlager in den betreffenden Gegenenden über beobachtet die Einfuhr dieser Erzeugnisse nach Deutschland. Im Moment ist die Vollfreiheit dieser Erzeugnisse aus den Ostgebieten für die Dauer von drei Jahren vorgesehen.

5. In der Note wird besonders Nachdruck auf die beobachtete Einschränkung der Einfuhr von Phosphaten gelegt. Es wird jedoch außer nicht gelassen, dass Deutschland die Phosphate, deren es bedarf, niemals selbst erzeugt, sondern sie eingeführt hat.

6. Die deutsche Note beschwert sich besonders darüber, dass man Deutschland seine Ressourcen wegnimmt und behauptet, dass Deutschland fast ein Drittel der Erzeugung der bestehenden Rohstoffe verlieren werde. Die Note untersucht aber, zu bemerken, dass ein Viertel des deutschen Rohstoffverbrauchs vor dem Kriege in den Gebieten stattfand, deren Lieferung jetzt beobachtet ist.

7. Es darf nicht vergessen werden, dass zu der ungetreuen Verhinderung die deutschen Armeen während des Krieges begangen haben, die fast vollständige Verschärfung der Rohstoffpolitik in Nordfrankreich kommt. Die Folge davon ist ein langanhaltender und erster Rumpel an Rohren in Westeuropa. Es gibt zweckreiche Weise keinen Grund dafür, dass Deutschland, das mutwillig dieses Defizit verschuldet hat, es nicht mit vollem Maße seiner Kräfte ausgleicht.

8. Die Note hebt ebenfalls die Schwierigkeiten hervor, die für Deutschland dadurch verursacht werden, dass es in Balkan, Griechen und Blas eingeführt gedenkt. Es wäre ein grundsätzlicher Irrtum, zu glauben, dass es notwendig sei, die politische Souveränität aufzuhören, um sich in einem Lande einen angemessenen Platz der Erzeugung zu suchen.

9. Die verbündeten und assoziierten Mächte können die Verhinderungen nicht erneutern, die die deutsche Note beginnend bei der ungetreuen Verhinderung, die die deutschen Armeen während des Krieges begangen haben, die fast vollständige Verschärfung der Rohstoffpolitik in Nordfrankreich kommt. Die Folge davon ist ein langanhaltender und erster Rumpel an Rohren in Westeuropa. Es gibt zweckreiche Weise keinen Grund dafür, dass Deutschland, das mutwillig dieses Defizit verschuldet hat, es nicht mit vollem Maße seiner Kräfte ausgleicht.

10. Ferner verfügt die deutsche Note, dass sie bestrebt ist, die Auswanderung aus Deutschland notwendig seien wird, dass aber ungünstige Länder diese Auswanderung aufnehmen werden. Es wäre ungünstig, gewisse Gewicht auf diese Migrations zu legen.

11. Schließlich behauptet die deutsche Note leichtfertig, dass die Friedensbedingungen logischerweise den Tod mehrerer Millionen Menschen in Deutschland außer denen noch sich geben würden, die im Krieg gefallen sind oder die man als Opfer des Krieges hinzubringt. Diese Verlustziffern, die durch unsre Blodsche verursacht worden sind, beruhen auf zahlen Vermutungen. Deutschlands Größe hat während des Krieges weniger gelitten, als das irgendeines anderen Kriegsführenden europäischen Staates. Die unbestreitbaren Kräfte, die ihm in Verbindung mit seiner Einfuhr bleibend wären, würden seiner Wiederherstellung genügen.

12. Die deutsche Antwort verfügt auch nicht die wenigen Erleichterungen, die Deutschland für seine Wiederherstellung bestrebt, durch die zwangsläufig Einführung seiner türkischen militärischen Rüstung bewirkt werden.

13. Über die erste Bedingung für diese Wiederherstellung scheint es nicht, dass Deutschland die gegenwärtige Weisung annehmen, auf deren Erfüllung es zum größten Teile beteiligt ist, auf deren Erfüllung die meisten Nationen Europas haben Verluste erlitten und werden lange noch Ratten tragen müssen, die für sie fast zu schwer sind. Es ist gerecht, dass Deutschland als die Urheber dieses Unglücks es nach dem vollen Maße seiner Mittel wieder gutmacht.

General Haller.

Nach übereinstimmenden Nachrichten aus Ostpreußen gehen die Truppen der Armee Haller auf das rückwärtige Lager sie gegen die ukrainische und jiddische Bevölkerung vor.

Das Standrecht wurde verhängt, bei der Armeen wurden besondere Strafbestrafungen gebildet, die ihre „Tätigkeit“ bereits begonnen haben. Die polnischen Armeen machen sich an dauernd schweren Verfehlungen gegen die polnischen der deutschen und der polnischen Regierung geöffneten Vereinbarungen schuldig und streben mit allen Mitteln eine Polonisierung der in Frage kommenden Gebiete an.

Zum Kommissarischen Landeshauptmann der Provinz Posen hat der oberste polnische Volksrat den Rechtsanwalt Bochński ernannt.

Tschischerin über den Friedensvertrag.

Der Janwitz auf die zuletzt durch die russische Kommissarin des Kriegswesens, Tschischerin, über den Friedensvertrag in folgender Weise:

Dieser Vertrag ist kein Friedensvertrag, sondern die Fortsetzung des Krieges. Er schafft eine Lage, die dem Kriege völlig gleichkommt. Leider ist dies das Ziel, welches die Verfasser des Vertragstextes gestellt haben: nämlich den Friedenkampf zu vereitigen, um die Arbeiterschwäche besser zu bekämpfen. Letztlich kann die gegenwärtige Oligarchie ihre Herrschaft nur aufrechterhalten, indem sie die Arbeiter der verbündeten Länder gegenseitig ausspielt.“

Um Wohlstand der Nationen brachte sich Tschischerin folgendermaßen aus:

„In Wohlstand ist diese Gesellschaft nur eine erweiterte Rivalität. Sie ist keine Waffe, ein Organ des Friedens, den zu schaffen die Imperialisten offenbar unfähig sind. Diese Rivalität kann nicht ohne andauern; sobald sie mit der Wichtigkeit in Verhinderung treten wird, wird sie sich von selbst aufheben; denn diese Gesellschaft der Nationen ist eine demagogische Farsce, dazu bestimmt, die Rivalität gegen Deutschland, die man bereitwagen möchte, zu verstören. Die Imperialisten offenbar unfähig sind. Diese Rivalität kann nicht ohne andauern; sobald sie mit der Wichtigkeit in Verhinderung treten wird, wird sie sich von selbst aufheben; denn diese Gesellschaft der Nationen ist eine demagogische Farsce, dazu bestimmt, die Rivalität gegen Deutschland, die man bereitwagen möchte, zu verstören. Die Imperialisten offenbar unfähig sind. Diese Rivalität kann nicht ohne andauern; sobald sie mit der Wichtigkeit in Verhinderung treten wird, wird sie sich von selbst aufheben; denn diese Gesellschaft der Nationen ist eine demagogische Farsce, dazu bestimmt, die Rivalität gegen Deutschland, die man bereitwagen möchte, zu verstören. Die Imperialisten offenbar unfähig sind. Diese Rivalität kann nicht ohne andauern; sobald sie mit der Wichtigkeit in Verhinderung treten wird, wird sie sich von selbst aufheben; denn diese Gesellschaft der Nationen ist eine demagogische Farsce, dazu bestimmt, die Rivalität gegen Deutschland, die man bereitwagen möchte, zu verstören. Die Imperialisten offenbar unfähig sind. Diese Rivalität kann nicht ohne andauern; sobald sie mit der Wichtigkeit in Verhinderung treten wird, wird sie sich von selbst aufheben; denn diese Gesellschaft der Nationen ist eine demagogische Farsce, dazu bestimmt, die Rivalität gegen Deutschland, die man bereitwagen möchte, zu verstören. Die Imperialisten offenbar unfähig sind. Diese Rivalität kann nicht ohne andauern; sobald sie mit der Wichtigkeit in Verhinderung treten wird, wird sie sich von selbst aufheben; denn diese Gesellschaft der Nationen ist eine demagogische Farsce, dazu bestimmt, die Rivalität gegen Deutschland, die man bereitwagen möchte, zu verstören. Die Imperialisten offenbar unfähig sind. Diese Rivalität kann nicht ohne andauern; sobald sie mit der Wichtigkeit in Verhinderung treten wird, wird sie sich von selbst aufheben; denn diese Gesellschaft der Nationen ist eine demagogische Farsce, dazu bestimmt, die Rivalität gegen Deutschland, die man bereitwagen möchte, zu verstören. Die Imperialisten offenbar unfähig sind. Diese R

fordern und passive Sicherung in den Betrieben bestehen der Werke im Fuge stellen. Es auf die Dauer untergraben ist dem Arbeitnehmer nicht nur eine Einsicht in die Produktion ermöglicht, sondern vielmehr ihre Mitarbeit bei Erstellung der Gesellschaft ermöglicht werden. Hat die Entwicklung der Gesellschaft in der Metallindustrie abgeschlossene Politikbibliothek kommen werden. In den neu eröffneten Spanischer Betrieben wird möglichst Altersarbeit geleistet. Die einsetzenden Arbeiter haben sich selbst, auch Geschäftsbüro bezüglich. Im August haben die Bauarbeiter-Werke die Herstellung von Eisenbahnmaterial, Schienen, Gleisen, Wäschestoffen usw. übernommen. Interessant ist auch das, daß die Werke mehr Kriegsbeschaffungen einführen, als dies bei der Industriepolitik geschieht.

Die kolonialen Fragen beim Friedensschluß.

Ein Gegenstand einer Sitzung, die am 25. Mai nachmittags vor dem Vorstand des sozialen der Spa zurückerledigt. Minister Dr. Bell und im Anwesenheit zahlreicher Vertreter des Kolonialministeriums, vor allem auch langjähriger Anhänger aus den Kolonien selbst, im großen Saal des Reichskanzleriums statt. Dr. Bell gab ein Bild von den Verhandlungen in Spa. Dr. Bell und Dr. Stappel, beide aus Verfolgung eingetroffen waren, berichtete die vorläufige Lage. Im Verlaufe der längsten Diskussionen der u. a. der Gouverneur von Südwesstaat Dr. Seitz teil-

nahm, kam die Entschlossenheit Deutschlands koloniale Machtstandpunkt auf der stützen Grundlage des Wilson-Programms bis zur letzten Stunde mit allen Nachdruck zu verfestigen, zu verstehen und einstimmigem Abschluß. Die kolonialen Verhandlungen bildeten einen integrierenden Bestandteil der deutschen Gesamtverschärfungen an die Einheit. Minister Dr. Bell erklärte, daß er sich für den Fall, daß es zu zösischen Verhandlungen mit den Gegnern kommt, sollte, jeden Augenblick bereithalten, mit einem erweiterten Kreis kolonialer Sachverständiger nach Verfallen zu fahren.

Die neuen Steuergesetze.

Eine Reihe von wichtigen Steuergesetzen ist vom Reichsfinanzminister fertiggestellt und hat die Zustimmung des Kabinett gefunden, so daß sie jeden Tag, sobald der Augenblick dafür opportunität ist, an dem Staatsaufschluß und an der Nationalversammlung gelesen werden können. Unter diesen Steuergesetzen sind neben einigen kleinen Gesetzen als besonderes wichtig zu nennen eine Vermögensabgabe für das letzte Kriegsjahr, die Gewerbesteuer, eine Erhöhung der Tabak- und der Zigarettensteuer. Die weitere Gesetzgebung wird natürlich, wie die ganze Gestaltung der deutschen Reichsfinanzen, in höchstem Maße abhängig sein von den Bedingungen des Friedensvertrags, der bestimmt für die Regelungen der Rente eine erste Hypothek auf die deutschen Reichs-

einheiten bearbeitung und sind diese Strecke mehr als bisher sehr historisch und jenseitig zu unterstützen.

Altona. Gedenken, die mit Regierungskräften besteht sind, müssen dem Parteivorstand und der Ratskollegium nicht entgehen.

Frankfurt a. M. Der Parteivorstand wollte beschließen: Das Parteivorstand wird beantragt, bei allen wichtigen Fragen und Entscheidungen der inneren und äußeren Politik schriftlich die richtige Ausführung ins Land zu senden, damit die Mitgliedschaften rechtzeitig orientiert sind und keine Rückschlüsse vermieden werden.

Baunberg. Alle die Agitation und die Befüllung der Partei auf dem Lande reicht das Erfreute Programm nicht aus. Der Parteivorstand wird daher gebeten, unverzüglich die bereits eingeleiteten Überarbeiten durchzuführen und der Partei befähigend ein Agrarprogramm vorzulegen.

Jena. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Kreisverbands Weimar III, Ortsgruppe Jena, bekommt die frühe Einberufung des Parteitag und fordert von diesem:

den organisierten Ausbau der Partei, unter Ausschaltung der Gewerken, die sich in Regierungsräumen befinden.

Niederbarnim. Der Parteitag beschließt: Die leichten Rente haben bewiesen, daß die führenden Gewerken, welche mehrere Renten inne haben, für die Agitation nicht mehr zu haben sind. Es ist deshalb erforderlich, daß Doppelmandate vermieden werden.

Altona. Der Parteitag möge beschließen, daß Doppelmandaturen an den Parlamenten und öffentlichen Ämtern verhindert werden dürfen.

Die Kandidaten werden verpflichtet, nur ein Mandat zu übernehmen, um dieses ganz im Interesse der Partei einzufüllen zu können.

Wilmer. Der Parteivorstand möge beschließen: Leben kann, daß zum Reichstag darf ein solches zu einer Sonderversammlung nicht übernommen werden.

Bericht der Kommission zur Beratung der Presseangelegenheiten.

Niederbarnim. Um den bestehenden und unterhaltenden Zeitungen Parteipresse zu geben, ist eine Neuerierung nötig, die befehlend den kleineren Parteiblättern vorschreibt, dass die vierseitige Beilage zu liefern habe, darunter eine Fortsetzung und eine Jugendblätterseite.

Niederbarnim. Der Vorstand ist noch wie vor dem Parteivorstand der Berliner Arbeiterschaft und Rentzirkular der deutschen Sozialdemokratie. Dieser Eigenschaft hat die Sozialfaktion unbedingt Rechnung zu tragen in ihrer Schreibweise. Die Vertretung der Politik der augenblicklichen Reaktionssregierung kann und darf, deshalb nicht diese Seite sein. Wie verlangen deshalb eine energische Vertretung unserer proletarischen Grundsätze und unbefangene Opposition gegen die bürgerlichen Reaktionsschichten.

Altona. Der Parteivorstand möge erneut, möglichst bald, die Richtlinien zur Schaffung einer im Parteienkreis stehenden lokalen Meimpresse herauszugeben.

Gotha. Um einem allgemeinen Bedürfnis abzuhelfen, ist sofort vom Parteivorstand die bereits 1914 in Aussicht genommene Familienwochenzeitung herauszugeben. Gerade jetzt wird sie wichtige Dienste in der Auflösung leisten.

Offenbach. Den Parteivorstand zu beauftragen, aller schnellstmöglich an den Ausbau unserer Presse heranzugetragen, um befehlend sich den Ausbau der Sozialparteipresse angelegen sein zu lassen.

Offenbach. Die Kommuniste Brüssel ist aufzubauen, damit auch die Interessen der kleinen Gemeinden berücksichtigt werden können.

(Fortsetzung folgt.)

Anträge zu dem am 10. Juni einberufenen Parteitag.

Frankfurt a. M. Der Sozialdemokratische Verein Groß-

Frankfurt erachtet den Parteivorstand der Tagesordnung des folgenden Punkt einzufügen: "Die auswärtige Politik der deutschen Republik".

Frankfurt a. M. Auf die Tagesordnung des Parteitages

im Punkt "Sozialfürsorge" zu legen.

Teltow-Beckau. Der Parteitag möge beschließen, den Punkt Landespolitik auf die Tagesordnung zu legen und Gewerken als Referenten dafür zu bestellen.

Bremen. Der bremische Parteiverband erachtet den Parteitag, die Frage der Arbeitsernährung als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages zu stellen.

Wilmar. Der Parteitag wolle erneut Stellung zum Militär-

zu nehmen.

Wiesbaden-Wiesbaden. Die Jugendfrage auf dem Partei-

zu behandeln.

Bericht des Parteivorstandes.

Jena. Die vom Würzburger Parteitag übernommene Kom-

mission zur Vorbereitung eines Agrarpaketes ist zu befehlens-

ter Tafel wieder einzuberufen; der Entwurf eines Landes-

gesetzes ist recht bald zur Diskussion zu stellen.

Frankfurt a. M. Der Parteitag wolle erneut Stellung zum Militär-

zu nehmen.

Wiesbaden-Wiesbaden. Die Jugendfrage auf dem Partei-

zu behandeln.

Frankfurt a. M. Der Parteitag möge beschließen: Die gesamte Ar-

beiterchaft ist sich darüber einig, daß nur in der Gesellschaft der befehlenden sozialistischen Organisationen die Grundlagen zu der so-

notwendigen Wachstumsförderung liegen. Deshalb fordert wir vom

Parteitag, daß er Schritte unternimmt, um eine Einigkeit zu stufen

zu bringen, selbst wenn einige Führer bestreit treten müssen.

Organisation und Agitation.

Offenbach. Es ist sofort eine Neugründung der Parteidienstorganisation in Angriff zu nehmen. Wie förmlich die Vermelbung von Doppelmandaten zu den öffentlichen Körperschaften.

Frankfurt a. M. Zu § 2: Die Organisation der Partei ist auf-

gebaut auf die politischen Gemeinden, Kreisorganisationen erfreuen

sich auf die Gebiete der einzelnen Kommunalverbände. Nur die Be-

triebsorganisationen gelten die Gebiete der politischen (Regierung)-

Behörde. Darauf basieren sich auf: Landes- und Reichsparteiorganisa-

tionen.

Borken. Mit Rücksicht auf die Neuerteilung der Reichswahl-

möglichkeit ist auch die Gleichheit der Parteidienstorganisation gemäß § 2

und 3 des Organisationsstatus vom Jahre 1912 abzuhängen.

§ 2. Die Gründung der Organisation bildet für jeden Ort im

Reichswahlbezirk die sozialdemokratische Parteidienst, dem jeder

an dem betreibt. Die vorhandene Parteidienst und jede Gewerkschaft

angehörigen hat. Die einzelnen Parteidienst schließen sich

zu Kreisorganisationen am besten auf der Grundlage der früheren,

den Wahlbezirk bildenden Einzelwahlkreise zusammen.

§ 3. Die Kreisorganisationen vereinigen sich zu Bezirküber-

bünden sowie zu den Bundesorganisationen, denen die selbständige

Führung der Parteidienst nach eigenen Statuten obliegt. Diese

Statuten dürfen nicht mit dem Organisationsstatut der Gewerkschaft

im Widerstreit stehen und sind innerhalb einer Woche dem Parteivorstand einzurichten. Gleichzeitig haben die Vorstände ihre

Wahl vom Parteivorstand mitzutunellen.

Frankfurt a. M. Der Parteitag möge beschließen: Eine Belehrungsschaltung ist zur Zeit ab-

zulehnen.

Offenbach. Der Parteivorstand ist zu ersuchen, keine Belehr-

ungsschaltung vorzunehmen.

Elberfeld-Warmen. Der Parteitag wird erachtet, alle Mittel

zu benutzen, die geeignet sind, dem Bruderkampf inner-

der sozialdemokratischen Parteien ein Ende zu bereiten.

Kanonen. Der Parteivorstand wird erachtet, unverzüglich

zu unternehmen, um mit der II. S. B. D. zu einer Einig-

ung zu kommen und damit die Einigungsbemühungen der Ar-

beitschaft zu fördern. An der Verlautenfrage darf die Einigung

zu leichter.

Jena. Wiederanbehauptung eines Zusammenschlusses der so-

zialistischen Arbeiter zu einer geschlossenen Partei, eventuell über

die Hände des heiteren Führer.

Jena. Die Erhaltung der Sozialdemokratie bedarfet einer

gründlichen Erneuerung derselben im Kampfe zur Erreichung

des Friedens, der Umwandlung des kapitalistischen Staates in die

sozialistische Gesellschaft. Da die Grenzen zwischen den Parteien

so grundsätzlich, sondern lediglich sozialer Art sind, steht der

Anteil auf dem Standpunkt, daß die Sozialdemokratie

den Frieden möglich ist. Es beweist deshalb den Vorhang, zu dem

der Frieden mit den Vorständen der II. S. B. D. und der Z. P. D.

vertragen in Verbindung zu treten.

Zülpich. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die

Erstellung einer Kommission zu bewirken, die zu gleichen Teilen

zu Mitgliedern unserer Partei und der II. S. B. D. besteht.

Die Aufgabe dieser Kommission soll sein, eine Grundlage zu

stellen, auf der sich die Arbeiterklasse Deutschlands wieder zu-

vereinen kann.

Barne. Die Ortsgruppe Magdeburg der Sozialdemokratie

von Deutschland stellt den Antrag an den Parteitag, mit allen

Arbeitern, welche zur Verfügung stehen, bald zu ziehen, daß die

sozialistischen Parteien sich wieder vereinen, welches bei

dem Willen auf Grund des Erfreuter Programms noch unterm

stritten gut möglich ist.

Wiesbaden-Wiesbaden. Die Kreiskonferenz des Wahlkreises

Wiesbaden-Wiesbaden-Bürgersbach fordert die Spaltung der

sozialistischen Arbeitschaft Deutschlands auf das tiefste. Gerade

in diesem moment ist eine geschlossene Kampf- und Ar-

beitsfront des Proletariats erstes Gefahren. Die großen, durch

sozialistische aufgeworfenen Probleme können nur von einer

großen, geschlossenen Arbeiterklasse zum Wohle des ganzen Volks

werden.

Der Parteitag beauftragt daher den Parteivorstand, alle ihm

geboten erneutende Schritte zu unternehmen, um die deutsche

Arbeitschaft wieder zusammenzuführen und alle in dieser Stich-

zielden Bestrebungen aufmerksam zu verfolgen und noch

zu fördern.

Zeitz. Der Leiter der Arbeiterbewegung der sozialistischen

Arbeitsfront, die Sicherung und der Ausbau der revolution-

ären Erungen ist nicht möglich unter Zusammenfassung

der Arbeiterklasse des Proletariats.

Der Parteitag benötigt daher alle ethischen Vortreibungen,

Vereinigung aller sozialistischen Parteien herbeizuführen.

Zeitz. P. D. ist gebraucht ihrer bisherigen Stellung jederzeit bereit,

den Boden der Einigung mit allen sozialistischen Parteien zu

reichen, die auf dem Boden der politischen Forderungen des Er-

reuter Programms stehen

